

Eine kontrollierte Entgleisung 24.11.2014



PARIS/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit heftigem Protest reagiert Paris auf neue Vorstöße Berlins zur Durchsetzung seiner Spardiktate im französischen Staatshaushalt. Nach massiven Interventionen der Bundesregierung in Brüssel hat der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger vergangenen Freitag in einem Zeitungsbeitrag die französische Regierung als

"Wiederholungstäter" beschimpft - weil sie die Vorgaben der deutschen Austeritätspolitik nicht in vollem Umfang akzeptiert. Dies sei eine "unkontrollierte Entgleisung", stellt der Generalsekretär des regierenden Parti socialiste (PS) fest und fordert Oettinger zum Rücktritt auf. Berlin bemüht sich weiter, den Haushaltskompromiss, den die französische Regierung und die EU-Kommission Ende Oktober erzielen konnten, zu torpedieren - um Frankreich zu neuen massiven Etatkürzungen zu zwingen. Beobachter warnen seit Monaten nicht nur vor einer Deflationsspirale, sondern auch vor heftigen Sozialprotesten in Frankreich. Eine für heute angekündigte Stellungnahme der EU-Kommission zum französischen Etat muss wegen der deutschen Interventionen womöglich verschoben werden.

Die deutschen Spardiktate

Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen ist das ungebrochene deutsche Drängen, Paris müsse sich endlich den Berliner Spardiktaten unterordnen. Nachdem es der Bundesregierung noch zur Amtszeit des konservativen Präsidenten Nicolas Sarkozy gelungen ist, ihre Austeritätspolitik auf EU-Ebene zur Norm zu erheben - gegen massive französische Einwände [1] -, geht es nun darum, in Frankreich selbst entsprechende Kürzungsprogramme durchzusetzen. Einen ersten großen Erfolg konnte Berlin zu Jahresbeginn verzeichnen, als Präsident François Hollande Haushaltskürzungen von 50 Milliarden Euro bis 2017 und Steuererleichterungen für Unternehmen in einem Volumen von 30 Milliarden Euro in Aussicht stellte.[2] Allerdings halten in Frankreich massive Widerstände gegen den neoliberalen Durchmarsch an.

"Deutschlands extremistische Orthodoxie"

Hintergrund ist nicht nur, dass Präsident Hollande mit deutlich stärkeren Protesten in den eigenen Reihen konfrontiert ist als einst Bundeskanzler Gerhard Schröder und Vizekanzler Joseph Fischer. Bereits im August hatte der US-Think Tank Stratfor gewarnt, man könne nicht ausschließen, dass es in Frankreich zu einem "signifikanten Zuwachs an sozialer Unruhe" komme.[3] Das Land habe "schon im vergangenen Winter einige Proteste und Streiks gesehen", hieß es; womöglich werde es "gegen Ende des Jahres und Anfang 2015" erneut zu Demonstrationen und Arbeitskämpfen kommen. Der spürbare Druck an der Basis treibt Teile des Parti socialiste (PS), sich den deutschen Austeritätsforderungen energisch zu widersetzen; in der vergangenen Woche verweigerten 37 PS-Abgeordnete dem jüngsten Sparetat die Zustimmung. Im Sommer hatte mit Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg sogar ein Regierungsmitglied offen gegen die Berliner Spardiktate opponiert: "Wenn wir uns der extremistischsten Orthodoxie der deutschen Rechten anpassen müssen, dann bedeutete das ..., dass die Franzosen, auch wenn sie die französische Linke wählen, in Wahrheit für die Anwendung des Programms der deutschen Rechten stimmen", hatte Montebourg in einem Interview erklärt.[4] Unmittelbar darauf wurde er entlassen; er sei "Deutschland geopfert worden", urteilten Kommentatoren.

"Deutschlands falsche Politik"

Bestärkt werden die sozialen Widerstände in Frankreich dadurch, dass inzwischen auch prominente Ökonomen vor den deutschen Austeritätsdiktaten warnen. Im

Sommer etwa übten zahlreiche Teilnehmer des diesjährigen Treffens der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau scharfe Kritik an der Berliner Politik. "Die Einführung des Euro hat ein System der Instabilität geschaffen mit der Folge, dass die schwachen Staaten immer schwächer und die starken immer stärker geworden sind", erklärte etwa Joseph Stiglitz (Nobelpreisträger 2001).[5] "Junge Spanier und Italiener" würden "auf Jahrzehnte" unter den Folgen der Spardiktate leiden, warnte Peter Diamond (Nobelpreisträger 2010). Die Bundesregierung "verfolgt in Europa eine völlig falsche Politik", urteilte etwa auch Eric Maskin (Nobelpreisträger 2007): "Der von ihr verordnete Sparkurs wird die Euro-Zone in die Depression schicken".[6] Tatsächlich liegt ein wichtiges Motiv der Pariser Bemühungen, exzessive Etatkürzungen trotz deutschen Drucks zu vermeiden, in der Furcht, ausbleibende Ausgaben könnten Frankreich - wie einst Griechenland - dramatisch abstürzen lassen bzw. in eine Deflationsspirale treiben.

Druck auf Brüssel

Im Streit um die Erfüllung der Spardiktate hatten Paris und die EU-Kommission Ende Oktober einen Kompromiss erzielt: Die französische Regierung verringerte ihr strukturelles Haushaltsdefizit, erhielt dafür jedoch aus Brüssel die Erlaubnis, die Staatsverschuldung erst 2017 unter die offizielle Drei-Prozent-Grenze zu senken - ein Aufschub, von dem sie sich bessere Chancen zum Ankurbeln der Wirtschaft erhofft. Berlin sucht den Kompromiss nun zu sabotieren. Ergänzend zu massivem Druck auf Brüssel - Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatten bereits am 20. Oktober in einem Brief an EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici schärfere Haushaltskontrollen verlangt - hat nun der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger einen entsprechenden Beitrag in der französischen Wirtschaftszeitung "Les Echos" platziert, der am Freitag erschienen und in Paris umgehend auf heftige Proteste gestoßen ist.

Härte gegen Paris

Mit Blick auf das erneute Überschreiten der Drei-Prozent-Grenze beschimpft Oettinger Frankreich in seinem Zeitungsbeitrag als "Wiederholungstäter" - ein Begriff, der, höflich ausgedrückt, nicht zum Standardrepertoire diplomatischer Sprachregelungen gehört. Die EU-Kommission müsse gegen Paris mit "Härte" vorgehen, fordert Oettinger; die Maßnahmen, die die französische Regierung bisher eingeleitet habe, genügten nicht annähernd. Paris müsse umgehend "eine ganze Reihe von Problemen" in Angriff nehmen: etwa "das hohe Niveau der Arbeitskosten und der Einkommenssteuern" senken sowie "die verstärkte Besteuerung von Unternehmen" verringern.[7] Ohne "sehr konkrete und präzise" Schritte von Pariser Seite dürfe sich die EU-Kommission nicht darauf einlassen, dem französischen Etat am heutigen Montag ihre Zustimmung zu erteilen. Hochrangige Diplomaten in Brüssel haben umgehend nachgelegt und erklärt, Strafmaßnahmen gegen Paris wegen der erneuten Defizitüberschreitung seien auch weiterhin im Gespräch. Der Kompromiss von Ende Oktober ist damit in Gefahr.

Rücktritt gefordert

Auf Oettingers Zeitungsbeitrag, der mit Wissen von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker publiziert worden ist und der Berichten zufolge zumindest dem Inhalt nach von EZB-Präsident Mario Draghi und von Eurogruppen-Präsident Jeroen Dijsselbloem unterstützt wird, hat Paris am Wochenende mit heftigem Protest reagiert. Oettingers "unkontrollierte Entgleisung" überschreite seine Vorrechte als EU-Kommissar, erklärt etwa PS-Generalsekretär Jean-Christophe Cambadélis und fordert Konsequenzen: Ein "Rücktritt" sei angemessen.[8] Der Machtkampf hält an. Eine ursprünglich für den heutigen Montag angekündigte Stellungnahme der EU-Kommission zu Frankreichs Haushalt muss womöglich um einige Tage verschoben werden - weil Berlin, wie Oettingers kontrollierte Entgleisung deutlich gemacht hat - im Pariser Etat weit drastischere Streichungen sehen will.

Weitere Berichte und Hintergründe zu den deutsch-französischen Beziehungen finden Sie hier: [Nicht mehr auf Augenhöhe](#) , [Versöhnung und Kollaboration](#) , [Zuallererst mit Deutschland](#) , [Europas erste Adresse](#) , [Die Abkopplung Frankreichs](#) , [Deutschland 001](#) , [Le modèle Gerhard Schröder](#) , [Die Agenda 2020](#) , [Kriegsrat in Paris](#) , [Auf dem Weg in die Zweite Liga](#) , [Unter der deutschen Rute](#)

(I) und Unter der deutschen Rute (II) .

[1] S. dazu **Das Spardiktat , Auf Kollisionskurs** und **Sarkozy, der Deutsche** .

[2] S. dazu **Le modèle Gerhard Schröder** .

[3], [4] S. dazu **Unter der deutschen Rute (II)** .

[5] Der Euro muss weg für Europas Aufschwung. www.welt.de 21.08.2014.

[6] Nobelpreisträger rechnen mit Merkel ab. www.welt.de 24.08.2014.

[7] Günther H. Oettinger: Déficit français: Bruxelles ne doit pas céder. Les Echos 21.11.2014.

[8] Le dérapage incontrôlé du commissaire Oettinger mérite une démission. www.cambadelis.net 21.11.2014.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com
